



FDP | 30.10.2013 - 10:45

Schwarz-rote Finanztransaktionssteuer belastet Sparer



Die FDP Niedersachsen kritisiert die Einigung von Union und SPD, zukünftig Finanztransaktionen besteuern zu wollen. Die Verursacher der Finanzkrise sollen so an den Kosten beteiligt werden. Finanzexperte Christian Grascha mahnte, dass eine solche Abgabe besonders Kleinsparer belaste. "Es ist eine Altersvorsorgesteuer", konstatiert der Liberale. Damit geht sie weit am erklärten Ziel vorbei.

Privatanleger und Sparer zahlen drauf, wenn die neue Steuer kommt. Das Deutsche Aktieninstitut hatte errechnet, dass Privatanleger und Sparer durch die neue Steuer jedes Jahr mit bis zu 3,6 Milliarden Euro belastet werden. Jeder Haushalt zahlt demnach jährlich zwischen 46 und 132 Euro. "Das ist eine Rentenkürzung für alle, die privat vorgesorgt haben", stellt Grascha klar. Für Kleinsparer, Rentner und die Realwirtschaft muss ein Weg gefunden werden, sie von der Steuer zu befreien oder für eine angemessene Kompensation zu sorgen. Es gibt aus liberaler Perspektive keinen Grund, diese Gruppen mit zur Kasse zu bitten, wenn es um die Kosten der Finanzkrise geht.

Verlagerung der Börsengeschäfte ins Ausland

Die Steuer nur in Deutschland anzuwenden, schadet dem Finanzstandort in Deutschland. Die Finanztransaktionssteuer wird zu massiven Verlagerungen, zum Beispiel nach London, führen und wäre damit ein teurer Wettbewerbsnachteil, prognostiziert FDP-Finanzexperte Grascha. "Das ist dort zu sehen, wo sie bereits eingeführt wurde. So wie man sich die Steuer vorstellt, ist sie schlicht nicht umsetzbar", warnt der Liberale.

Um die Finanzmärkte effektiv zu stabilisieren, müssten sich möglichst viele Staaten an dieser Steuer

beteiligen. Nur so kann verhindert werden, dass die Unternehmen und ihre Geschäfte an günstigere Finanzstandorte abwandern.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/schwarz-rote-finanztransaktionssteuer-belastet-sparer>